

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mofse in Berlin.

Nr. 446

Vorkommenden Entscheidungen.

Bevorstehende Beratungen mit den Ruhrvertretern.

Referenz des Reichskabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder.

L. L. Die deutsche Politik, die bekanntlich eine Verhandlungsbasis zur Lösung des Ruhrkonfliktes zu erreichen ver sucht, ist an einem Wendepunkt angelangt. Das Reichskabinetts steht unmittelbar vor außerordentlich wichtigen Entscheidungen. Dabei muß hervor gehoben werden, daß das Kabinetts selbstverständlich keinerlei gütlichen Entschlüsse fassen wird, ohne mit den Ver tretern des Rheinlandes und des Ruhrgebietes — so zwar aller Bevölkerungsklassen — sich eingehend abgesprochen zu haben. Die Frage, ob es zweckmäßig ist, den Widerstand weiterzuführen oder aufzugeben, kann ein faktisches Problem aufgestellt werden. Keine Frage ist aber die Gemeinsamkeit des Rheinlandes und des Ruhrgebietes mit dem Deutschen Reich. In diesem Gesichtspunkte wird voraussichtlich auch die bevorstehende Hebung des Reichskabinetts beeinflusst werden. Darüber hinaus wird mehrfach betont worden, daß eine Zurückführung der Besatzungen sowie eine Amnestie für die von den französischen und belgischen Kriegsgerichten Verurteilten undingung notwendig ist.

In manchen Kreisen ist man jetzt vielfach der Ansicht, daß die Anwendung des passiven Widerstandes falsch gewesen sei. Ob Widerstand in allen seinen Phasen und Einzelheiten stets so selbstständig aufzuführen ist, wie es die jeweilige Lage erfordert, ist selbstständig anzuschließen. Der schwerwiegendste Fehler war, daß man den Widerstand nicht vom ersten Augenblick an durch Steuern anginger hat. Trotz allem kann der passive Widerstand als ein Versuch betrachtet werden. Die Politik des passiven Widerstandes ist jedem, wie verständig die Welt bestehende Zweifel an der Möglichkeit der Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Franzosen war. Daß in den vielen Monaten, die der stille Kampf im Rhein und Ruhr währte, sich vielfach hier und dort einmal die Front etwas gelockert hat, ist wohl verständlich. Leberdlist man doch diese neun Monate des passiven Widerstandes, kann man nichts als Stolz und Freude über die aufopfernde und wahrhaft vaterlandsliebende Haltung der schwergeprüften Bevölkerung in den besetzten Gebieten empfinden. An sichts der bevorstehenden Entscheidungen muß noch einmal darauf angewiesen werden, daß die deutsche Regierung niemals einen Vertrag unterzeichnen wird, der an der deutschen Souveränität in den Gebieten an Rhein und Ruhr rüttelt. Gegen ein solches Abkommen würde sich das gesamte deutsche Volk auflehnen.

Bevor das Reichskabinetts seine Entschlüsse faßt, wird der Reichskanzler, soweit bisher feststeht, am Montag bereits die Vertreter des besetzten Gebietes und am Dienstag die Ministerpräsidenten der deutschen Länder bei sich sehen. Die Entscheidung des Kabinetts dürfte also bis Mitte nächster Woche zu erwarten sein. Bis dahin, darauf möchten wir noch einmal hinweisen, erwidert es dringend geboten, daß die eigene Öffentlichkeit jede Nervosität vermeidet, sich nicht durch irgend welche Gerüchte verwirren läßt und die Entwicklung der Dinge mit strenger Selbstdisziplin abwartet.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat dem Vertreter der „Nationalitäten“ in Berlin gegenüber sich über Deutschlands gegenwärtige und zukünftige Lage geäußert. Der Reichskanzler erklärte, Deutschland sei bereit, alle produktiven Pfänder zu geben, die ihm zur Verfügung ständen. Das endgültige Ziel sei, Deutschland zur Freiheit zu führen. Nach Deutschland's nächster Zukunft gefragt, erklärte der Kanzler: „Die hängt von dem deutschen Volke selbst ab. Wir sind nicht so schlimm, wie man uns macht. Fragen Sie die Franzosen und Engländer, die nur unsere Kolonien haben. Deutschland braucht sich seiner dorthin Politik nicht zu schämen. Wir sind ein zerrüttetes Land, ein bedrücktes Volk, aber kein zusammengebrochenes Volk. Geben Sie, aber nicht gebrochen warten wir der Zukunft.“

Die nationalitistische Pariser Presse über den „Sieg der französischen These“.

Keine Zusammenkunft der Alliierten vor der britischen Reichskonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 22. September.
Die Londoner Korrespondenten der Pariser Zeitungen glauben nicht an unmittelbare Folgen der Ministerbegegnung und warnen vor jeder Überschätzung ihres Erfolges. Der Vertreter des „Petit Parisien“ hat gehört, daß eine Begegnung der Alliierten, die in Paris als nahe bevorstehend galt, auf keinen Fall vor der britischen Reichskonferenz stattfinden könne, aus der die Haltung Englands endgültig bestimmt werden soll. Die Pariser Presse kümmert sich aber um diese Ratsschlüsse nicht und fährt fort, den vollen Sieg der französischen These zu verkünden. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“, der schon wiederholt in den Engländern klar zu machen, was die Franzosen von ihnen erwarten, gibt in der Pariser Ausgabe des Blattes eine enthußtliche Schilderung der neu besetzten Freunde

schaft und ihrer Wirkung. Das gegenseitige Vertrauen der leitenden Minister ermöglichte einen schnellen Ausbau der neuen französisch-englischen Politik. Poincaré habe es fertiggebracht, alle Befürchtungen Baldwin's zu überwinden und zu überzeugen, daß Frankreich nach Einstellung des passiven Widerstandes „äußerst entgegenkommende Maßnahmen im Ruhrgebiet“ treffen werde. Selbstverständlich werde das Recht Englands auf Reparationen in jeder Hinsicht gewahrt bleiben. In diplomatischen Kreisen bestche die Ueberzeugung, daß die britische Regierung von jetzt an die Politik Poincaré's freundschaftlich beurteilen werde. Eine Kritik der Ruhrbesetzung und des Reparationsproblems nach französischer Auffassung solle fortan unterbleiben. Die grundsätzliche Ansicht der englischen Regierung über die Ruhrproportion bleibe unverändert, aber Baldwin erkenne die Tatsache an, daß Deutschland den Sieg Frankreichs nicht mehr verhindern könne, und er habe nichts dagegen, daß Poincaré jetzt Deutschland zu schneller Ergebung zwingt. Was von diesen Informationen richtig ist, wird ihr Echo in England verfinden.

Londoner Kabinettsrat am Dienstag.

„Die wirklichen Hindernisse noch nicht hinweggeräumt.“ — Keine entscheidenden Schritte vor Beratung mit den Dominions.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 22. September.

Baldwin ist gestern abend mit Verpätung hier eingetroffen. Am Bahnhof hatten sich unter anderen zahlreiche Vertreter der englischen Presse eingefunden, die an den Premierminister die Frage richteten, ob er ihnen etwas zu sagen habe. Baldwin erwiderte darauf, daß er eine sehr schlechte Ueberfahrt gehabt habe und bestieg darauf sein Auto. Es ist heute nicht voranzuschreiten, wenn die Regierung eine Erklärung über ihre Politik abgeben wird. Zunächst werden sich wohl Baldwin und Lord Curzon besprechen. Dann wird voraussichtlich am Dienstag der Kabinettsrat zusammentreten. Entscheidende Schritte dürften aber erst unternommen werden, nachdem die Dominions ihre Ansicht geäußert haben, worauf der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ wiederum heute ausdrücklich hinweist. Die Pressestimmen der letzten Tage haben gezeigt, daß man sehr beunruhigt ist und daß die große Zufriedenheit der Pariser Presse hier keineswegs geteilt wird. Dies wird heute von der „Times“ noch einmal bestätigt, die an hervorragender Stelle sagt, daß man in englischen offiziellen Kreisen der Ansicht sei, daß die wirklichen Hindernisse für die Zusammenarbeit mit Frankreich noch nicht hinweggeräumt seien. Allerdings, fährt das augenscheinlich inspirierte Blatt fort, sei es möglich, daß sich die „geringfügigen Mißverständnisse“ zwischen den beiden Premierministern hinwegräumen ließen. Ebenso könne man glauben, daß die Einstellung des passiven Widerstandes die Festlegung eines gemeinsamen Planes erleichtern würde. Die „Times“ wiederholt, daß Poincaré Baldwin gewisse „beruhigende Versicherungen“ über die Motive der französischen Ruhrpolitik gegeben habe. Einige Zusicherungen könnten auch in bezug auf den Charakter der Besetzung nach Einstellung des passiven Widerstandes gegeben worden sein. Auch Keuter warnt, vorläufige Schlüsse über die Ergebnisse der Baldwin-Poincaré-Unterredung zu ziehen, so lange nicht nähere Einzelheiten veröffentlicht worden seien. Dies sei die Ansicht auf unterrichteter englischer Kreise. Es könne als gewiß gelten, daß nächste Woche ein interalliiertes Reparationskonferenz einberufen werden, sofern die vorbereitenden Verhandlungen günstig ausfielen. Immerhin müßten noch zahlreiche Fragen geklärt werden, bevor eine solche Konferenz abgehalten werden könne. Baldwin werde sich gewiß mit den Premierministern der Dominions über die Reparationsfrage unterhalten, da er hierdurch seine Stellung bedeutend verfestigen werde. Ganz anders wird die Lage von der „Daily Mail“ beurteilt, nach der man sich in Paris so gut wie geirrt habe, und zwar auf Grund eines völligen Nachgebens Baldwin's. Noch am Dienstag, so schreibt das Blatt, sei man in Paris sehr pessimistisch gewesen, da keine Anzeichen dafür vorgelegen hätten, daß die englische Haltung sich irgendwie geändert habe. Dann aber habe die französische Regierung Dienstag abend mit großer Heftigkeit und großer Genugtuung in Erfahrung gebracht, daß Baldwin und seine Kollegen bereit seien, „die neue Lage anzunehmen“. Die englische Note sei in den Hintergrund gerückt und England sei willens, anzuerkennen, daß der Erfolg Frankreichs im Ruhrgebiet die ganze Ruhrfrage beendet habe. Nach dem, was man hier über die Zusammenkunft Baldwin's und Poincaré's gehört hat, scheint es durchaus unwahrscheinlich, daß die Meldung der „Daily Mail“ auf Wahrheit beruht. Es hat den Anschein, daß die hiesige öffentliche Meinung sich nicht zu Friede geben wird. Nichts hat hier derartig beunruhigt und ist auf so heftigen Widerstand gestoßen, wie die Pariser Meldungen, daß eine Einigung der Alliierten durch die restlose Nachgiebigkeit Baldwin's erzielt worden ist. So schreibt heute „Westminster Gazette“, daß die Pariser Meldungen, daß Baldwin sich Poincaré gefügt habe, nicht ernst zu nehmen seien. Solange nicht das Gegenteil festgelegt worden ist, sei anzunehmen, daß Baldwin an der Politik der Note Lord Curzon's festhalte. Auf jeden Fall aber sei eine ungewöhnliche Erklärung der Regierung unbedingt notwendig.

Die neue „Bodenmark“.

Wir verweisen auf die Ausführungen im heutigen Handels teil über die bevorstehende Einführung der „Bodenmark“ und die neue Währungsbank.

Ueberalterung.

Die beabsichtigte Pensionierung der überalterten Beamten.

Von [Nachdruck verboten.]
Chef-Regierungsrat Dr. Richard Freund,
Vorsitzendem
der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Indem wir die nachstehenden Ausführungen des Herrn Geheimrat Dr. Freund veröffentlichen, möchten wir betonen, daß eine Verminderung des gewaltigen Beamtenheeres absolut notwendig geworden ist. Man hat der deutschen Regierung die österreichische „Sanierung“ als nachahmenswertes Beispiel vorgehalten. Der Vergleich mit Österreich, das durch ausländische Goldkredite saniert wurde, ist ganz unzutreffend. In einem Punkte aber kann die österreichische Sanierung wirklich als nachahmenswertes Beispiel gelten: Der Abbau des Beamtenkolosses wird dort mit großer Energie durchgeführt. Ob die Anwendung des Ueberalterungsgesetzes als richtige Mittel ist, erscheint auch uns zweifelhaft, und zwar vor allem aus dem von Geheimrat Freund erwähnten Grunde, weil schwerlich auf diesem Wege Ersparnisse zu erzielen sind.

Die Redaktion.

Das Reich beabsichtigt, das preussische Ueberalterungsge setz in veränderter Form einzuführen und gleichzeitig die Länder zur Anwendung des Gesetzes zu zwingen. Die Absicht, über alterte Beamte, die ein schädlicher Fall in ihre Verwal tung sind, auszuweisen, ist gewiß zu billigen. Es fragt sich aber: Ist das Gesetz geeignet, diesen Zweck zu erfüllen? Diese Frage muß gleich verneint werden. Das Gesetz verfolgt neben seinem eigentlichen Zweck, die Verwaltung vor Ueber alterungen zu schützen, politische und wirtschaftliche Zwecke. Soweit politische Zwecke in Betracht kommen, d. h. soweit das Gesetz die Handhabe bieten soll, antidemokratische und antirepublikanische Elemente aus der Beamtenschaft zu elimi nieren und sie durch „gut gesinnte“ Elemente zu ersetzen, so muß jeder Demofrat ein solches Vorgehen ablehnen. Durch solche Gewalttate wird man das Volk nicht politisch erziehen. Ich bin ein Feind jeder Intoleranz, auch der politischen. Wenn ein Beamter seine Pflicht tut, wenn er nicht den Ge setzen oder Anordnungen der Regierung aktiven und passiven Widerstand entgegensetzt oder parteiisch handelt, kurz, wenn er nicht die Parteipolitik in sein Amt hineinträgt, so ist es mir gleich, ob er Kommunist oder Deutschnationaler ist. (Es kommt allerdings darauf an, an welcher Stelle der betreffende Beamte steht und ob seine Funktionen politischer Natur sind. D. R. d.) Wie bitter hat sich nicht die Demokratie über politische Intoleranz im Kaiserreich beschwerten müssen! Und sollte einmal ein politischer Umwälzung eintreten, so wird man die Demokratie mit den von ihr selbst geschmiedeten Waffen aufs schärfste bekämpfen. Schließlich sollte man auch bedenken, daß die Ueberalterung nicht vor der politischen Genugtuung halt macht, und daß das Gesetz im Laufe der Zeit vielleicht die demokratische Beamtenschaft scharfer trifft als die antidemo kratische.

Des weiteren sollen mit dem Gesetz wirtschaftliche Ziele erreicht werden, unter der Devise: Sparsamkeit. Wenn ein arbeitsfähiger 65jähriger Beamter zwangsweise in den Ruhestand versetzt wird und an seine Stelle eine jüngere Kraft tritt, so liegt hier die Verschwendung von öffentlichen Geldern klar zutage. Wenn aber dessen falls die Stelle nicht wieder besetzt wird, so wird, da die Pension 80 Prozent des Gehaltes beträgt, nur ein Fünftel des Gehaltes der betreffenden Stelle gesparrt. Da aber ein großer Prozentsatz der durch Pensionierung freizubehaltenden Stellen wieder besetzt werden muß, so können diese Ersparnisse gegenüber den Nachteilen dieser Maßnahme gar nicht in Betracht kommen. Die Nachteile treffen den Beamten, der in voller Arbeitsfähig keit zur Untätigkeit verdammt wird (ein volkswirtschaftlicher Unfug), sie treffen aber auch den Staat, welcher sich selbst fähiger, tüchtiger, namentlich aber erfahrener Beamten beraubt. Und wie bitter tun gerade in gegenwärtiger Zeit unserem Staat diese erfahrenen Beamten!

Und nun zu dem eigentlichen an sich berechtigten Zweck des Gesetzes: Schutz vor Ueberalterung. Da nach dem Ge setz jeder Beamte, abgesehen von geringen Ausnahmen, nach Vollendung des 65. Lebensjahres pensioniert werden muß, so proklamiert das Gesetz damit den Grundsatz, daß jeder Mensch in 65. Lebensjahre überaltert ist. Man hört allgemein die voll berechtigte Klage, daß unter Verwal tungsapparat zu sehr nach bureaukratischer Schablone arbeite, und man wünscht mehr „kaufmännischen Geist“. Wenn man heute einem Kaufmann zumuten wollte, einen arbeitsfähigen, tüchtigen, erfahrenen Angestellten gegen dessen Willen mit 80 Prozent seines Einkommens lediglich deswegen zu pensionieren, weil der betreffende das 65. Lebensjahr vollendet hat, so würde dieser Kaufmann für diese Zumutung nur ein mitleidiges Achselzucken übrig haben. Ich selbst kenne zahlreiche leitende Persönlichkeiten in Industrie und Handel, die sogar das 70. Lebensjahr zum Teil weit überschritten haben und unter den jetzigen schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Tätig keit mit größtem Erfolge in vollen Umfang ausüben. Das Schema des 65. oder 68. Lebensjahres ist eben, weil es ein Schema ist, falsch. Nach allgemeinem Be amtenrecht können wirklich überalterte Beamte im Wege des Zwangspensionierungsverfahrens eliminiert werden. Nun ist mit Recht eingemendet worden, daß dieses Zwangspensionie rungsverfahren, das es meistens bis in die letzte Instanz geht, sehr lange Zeit bis zum Abschluß erfordert. Die Organe der Landesversicherungsanstalt Berlin haben dabei